

Jetzt muss er wirklich hinter Gitter

Auch der Gang zum höchsten Gericht nutzte dem früheren Kriminalkommissar nichts

Jetzt könnte ihn nur noch ein Gnadengesuch beim Bundespräsidenten retten: Der Kriminalkommissar, der früher bei der Polizeidirektion die so genannte „Sitte“ leitete, muss endgültig hinter Gitter, der BGH verwarf gestern die Revision. Nach Auffassung der Richter hat er sich von den Chefs eines illegal betriebenen Bordells in Worms bestechen lassen.

Von unserem
Redaktionsmitglied
Johannes Götzen

Nachdem das Mainzer Landgericht im August 2001 den damals 47-jährigen zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilte, hatte er beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe Revision beantragt. Sein Anwalt Jürgen Möhrath hatte gleich erklärt,

dass man das Urteil an sich nicht anfechten wolle: Zwar bestreite sein Mandant nach wie vor jegliche Tatbeteiligung, aber er sehe hier kaum Chancen für ihn. Wohl aber hofften der Polizist und sein Anwalt, dass die Strafe möglicherweise auf Bewährung ausgesetzt werden könnte – dann wäre dem Kriminalkommissar das Gefängnis erspart geblieben. Ihr

Argument lautete vor allem: Das lange Verfahren sei nicht ausreichend im Strafmaß berücksichtigt worden.

Dem vermochte der 2. Strafsenat nicht zu folgen und verwarf gestern die Revision. Die Vorsitzende Richterin Dr. Rissing-van Saan erklärte gegenüber der WZ, die rund zwei Jahre Verfahrensdauer seien zwar „nicht besonders kurz, aber auch nicht besonders lang“ gewesen. Statt dessen lobte sie die gründliche Arbeit des Mainzer Landgerichtes, das insbesondere eine aufwändige Zeugenvernehmung betrieben habe.

Eine Reihe von Zeugen gehörte auch dem Rotlicht-Milieu an, unter anderem Damen aus der früheren Savoy-Bar in Neuhausen, wo der Verurteilte häufig Gast war. Zu einer der Frauen hatte er zudem ein Verhältnis. Das allerdings machte das Gericht dem Mann nicht zum strafelevanten Vorwurf. Wohl aber, dass er von den Chefs eines als türkisches Café getarnten Bordells mindestens 6500 Mark, eine Wasserpfeife und ein türkisches Schwert angenommen und im Gegenzug Tipps gegeben hat, wie das Bordell weiter betrieben werden kann.

Das kommt ihn nun teuer zu stehen. Zwar wird die Untersuchungshaft angerechnet, doch bleibt die Reststrafe noch über der Grenze, unterhalb der eine Bewährung möglich wäre, so Richterin Dr. Rissing-van Saan. Der Mann muss also seine Haftstrafe antreten. Außerdem verliert er seinen Beamtenstatus, das schreibt das Gesetz zwingend vor, so der Sprecher des Innenministeriums. Dies gelte für jeden Beamten, der zu einer Haftstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wird. Der Beamtenstatus kann in diesem Fall auch nicht mehr zurückerlangt werden.